



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1921

329 (20.7.1921) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-198791](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-198791)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Verlags- und Druckerei-Gesellschaft des Mannheimer General-Anzeiger...
Verlag: 7910, 7911, 7912, 7913, 7914, 7915, 7916. — Druckerei: 7917, 7918, 7919, 7920, 7921, 7922, 7923, 7924, 7925, 7926, 7927, 7928, 7929, 7930.

Abonnementspreis: Die Hälfte des Jahrs...
Anzeigenpreis: Die Hälfte des Jahrs...
Verlag: 7910, 7911, 7912, 7913, 7914, 7915, 7916. — Druckerei: 7917, 7918, 7919, 7920, 7921, 7922, 7923, 7924, 7925, 7926, 7927, 7928, 7929, 7930.

Beilagen: Der Sport o. Sonntag, Aus der Welt der Technik, Gesetz u. Recht, Mannh. Frauen-Zeitung, Mannh. Musik-Zeitung, Bildung u. Unterhaltung, Feld u. Garten, Wandern u. Reisen.

Frankreich, England, Oberschlesien.

Die Nachrichten über das, was nun eigentlich in Oberschlesien und was nun eigentlich zwischen England und Frankreich geschehen soll, lauten immer verworrener. Einiges allerdings steht fest. England hat auf die französische Note, deren Wortlaut in Deutschland zwar nicht veröffentlicht wurde, von der es aber heißt, sie sei in „anderer Form“ gehalten als die Note an Deutschland — (natürlich, denn hier handelt es sich nicht um Einschüchterung und Drohung!) — bis zum Augenblick noch nicht geantwortet. Und wenn man aus der überaus kühlen, fast eisigen, Aufnahme in der Presse Rückschlüsse ziehen darf, so hat man auch in den Londoner Regierungskreisen keineswegs eine ungetrübte Freude an dem Vorgehen des Verbündeten auf dem Kontinent. Man erkennt die Absicht der Verschleppung zu deutlich und vermutet dahinter als treibenden Grund den Wunsch Briands, einer Besprechung über den Abbau der Zwangsmassnahmen am Rhein aus dem Wege zu gehen. Und in dieser Frage stehen sich die Ansichten der französischen und der englischen Regierung durchaus gegenüber, so gegenständig, daß man, die Vermittlung über die Briandsche Politik in der ober-schlesischen Angelegenheit hinzugerechnet, schon von einer Spannung zwischen dem Quai d'Orsay und der Downingstreet sprechen kann. Diese Spannung muß sich verschärfen, sowie England mit dem gleichen Nachdruck seine Ansicht, daß die Konferenz des Obersten Rates unverzüglich zusammenzutreten müsse, durchzusetzen versucht. Ob sie schon einen Gegenstand auf das französische Kabinett auszuüben begonnen hat, wie man nach Meldungen der „Times“ annehmen könnte, läßt sich aus den vorliegenden Nachrichten nicht mit Sicherheit erkennen. Doch verläuft die diplomatische Arbeit (in Paris), daß die Konferenz des Obersten Rates trotz der Anstrengungen Briands, eine Vertagung zu erreichen, spätestens Ende August stattfinden werde. Die englische Regierung bestrebt nachdrücklich darauf, daß die Konferenz möglichst bald zusammenzutreten soll. Da Lloyd George sich im August in der Schweiz aufhalten wird, dürfte die Konferenz in der Nähe von Lyon oder in einem Badeorte des französischen Jura zusammenzutreten. Auch Chamoni wird als Konferenzort genannt.

Auffallend ist jedenfalls die kühle Aufnahme, die der bislang in Paris so hochgeschätzte Herr Korjantyn gefunden hat, den zudem ein „morbus diplomaticus“ befallen haben sollen. Vielleicht ist doch ein Klimawechsel an der Seine eingetreten und die rasche Abkühlung hat ihn verschluckt.

Die Pariser Presse unterstützt die Haltung Briands mit den üblichen Unterstellungen und derart, daß die Vermutung, Frankreich gehe darauf aus, in Oberschlesien einen deutschen Aufstand zu provozieren, um nicht nur die Sanktionen aufrechtzuerhalten, sondern auch das Ziel seiner nationalistischen Sehnsüchte, das Ruhrgebiet, befehen zu können.

Da fordert Berlin im „Echo de Paris“, daß die Regierung ihre diplomatische Aktion in Berlin bis zum letzten Ende durchführe. Wenn die Note vom 15. Juli einen Sinn habe, dann dürfe sich Frankreich durch nichts von dem eingeschlagenen Weg abbringen lassen. Vor allem müsse Frankreich auch an der Spitze des Ruhrgebiets rüsten. — Dieser Schrei nach dem Ruhrgebiet wird von der gesamten nationalistischen Presse aufgenommen. Der offizielle „Antirassenant“ verlangt einen Druck auf das Ruhrgebiet, das heißt die Bedrohung Deutschlands an seinem Lebensnerv. Diese Aktion würde die Entsendung der französischen Division nach Oberschlesien unterläßen, die dort — ein wichtiges Element — den polnischen Militärformationen Rückhalt geben könnte, sobald sie die deutschen Barden in Schach zu halten vermöchten. Der „Agora“ bedeutet, daß nicht ein neuer Schlag am Rhein geführt wird, da man diese Politik der „actingsten Kraft“ aufwendigen schwereren Schritten vorziehen würde. Die Alliierten hätten ihr Bestreben so verschleudert, daß sie jetzt schon ihren einfachsten Forderungen, wie Entsendung einer Division, Nachdruck geben müßten. Da der Friede nur noch ein abgeschwächter Krieg sei, der „Action française“ zufolge, das militärische Eingreifen Frankreichs in Oberschlesien gegeben. Kein Aktionsmittel sei so wirksam, wie der Druck auf das Ruhrgebiet. Die „Democratique Nouvelle“ endlich läßt wieder durch ihre Ortsgruppen im Lande erneute Befehlsbefehle fallen für die dauernde Besetzung der Ruhrgebiets — das heißt Annexion — des Ruhrgebiets.

Neben diesen hysterischen Schreien nach dem Ruhrgebiet und denen nach Aufrechterhaltung der Sanktionen, zu deren Begründung das Verbrechen der Leipziger Urteile in grellsten Farben gemalt wird, geht ein Feldzug gegen Lloyd George her, der nicht minder hysterisch anmutet. Es vereinigen sich die Blätter der äußersten Rechten wie „Democratique Nouvelle“ und „Action française“ mit der „Ere Nouvelle“, die mit dem „Rappel“ verschmolzen wurde, in den allerhöchsten Angriffen. Man bezeichnet „Lloyd George als größten Störenfried der Welt, als größtenwahnwitzig und Phantast. Überall, wo die Karten der Diplomatie durcheinander geraten seien, könne man die Fingerabdrücke Lloyd Georges feststellen. Die Washingtoner Konferenz müsse denn schon rot angestrichen werden, wenn sie den Hochmut des englischen Premiers dämpfe. Nichts berechtige ihn, die Ämtern eines Schiedsrichters der Welt anzunehmen. Mit der Sorge für das britische Reich hätte er gerade genug zu tun. Angesichts der Lage in Indien, Ägypten und Irland, der Stellungnahme der englischen Arbeiterpartei sowie der Haltung der Dominien beim letzten Reichsrat müsse er bescheidener und reservierter werden.“

Während so ein zähes Ringen zwischen England und Frankreichs Diplomatie hin und hergeht, von dem natürlich nur wenig an die Öffentlichkeit dringt, bleiben die Verhältnisse in Oberschlesien nach wie vor ungeklärt. Oder besser gesagt: Sie sind eigentlich durchaus klar bei aller Verwirrenheit. Der polnische Uebermut, der polnische Terror, die französische Begünstigung des Insurgententums gehen unablässig weiter. Die schlimmsten Greuelstaten schloßlos preisgegebenen Deutschen zittern und bangen dem neuen Völkeraufstand entgegen, der fast öffentlich mit Duldung Frankreichs und unter Mitwirkung Polens vorbereitet wird.

Und wenn Briand nun seinem Verhalten in der Pariser Abendpresse eine andere Deutung geben und betonen läßt, daß er „keineswegs eine Hinausschiebung der ober-schlesischen Entscheidung auf ungewisse Zeit hinaus beabsichtige und daß nichts im Wege stehe, wenn der Oberste Rat sofort nach der Entscheidung der Sachverständigenkommission zusammentreten wolle, um die Grenze endgültig festzusetzen“, so ist das für uns kein Anlaß zur Hoffnung, daß jetzt auch wirklich und bald und nach Gerechtigkeit entschieden werden wird. Wenn Briand nachgibt, so tut es nur, um seinem Ziele auf einem Umwege näher zu kommen, weil auf dem geraden Wege Hindernisse liegen. Sein Ziel kennen wir! hs.

Die Versammlung in London.
Paris, 19. Juli. Der Londoner Korrespondent der Chicago Tribune meldet eine starke Verstimmung, welche die französische Note im Foreign Office hervorgerufen hat und teilt u. a. mit, in amtlichen Kreisen spreche man offen die Vermutung aus, daß die Franzosen einen deutschen Aufstand in Oberschlesien zu provozieren suchen, um sich die Rechtfertigung für eine Besetzung des Ruhrgebiets und für einen stärkeren militärischen Druck auf Deutschland zu verschaffen. Eine namhafte Persönlichkeit der Regierung habe erklärt, England werde immer mehr zu der Schlussfolgerung gedrängt, daß es das Beste sei, dem amerikanischen Beispiel zu folgen und sich von allen kontinentalen europäischen Angelegenheiten zurückzuziehen.

Noch keine englische Antwort an Frankreich.
Paris, 19. Juli. Havas. Der Temps meldet, daß die englische Regierung noch keine Antwort auf die französische Note über die Lage in Oberschlesien erteilt hat. Nach gewissen Nachrichten aus Londoner Quellen soll die britische Regierung durchaus nicht geneigt sein, Verstärkungen in das Abstimmungsgebiet zu entsenden. Dagegen würde sie keinen Einwand dagegen erheben, wenn sich Lord d'Albion dem Schritte anschließen, den der französische Botschafter am letzten Samstag in Berlin unternommen hat.

Verurteilung des französischen Standpunktes.
Kopenhagen, 19. Juli. „Politiken“ beschäftigt mit der Frage Oberschlesiens u. verurteilt den Standpunkt der französischen Regierung. Das Blatt schreibt, obwohl alle anerkennen, daß der Zustand in Oberschlesien unerträglich u. Frankreich aus wirtschaftlichen Gründen interessiert ist, daß Deutschland bald zur Ruhe kommt und seine Verpflichtungen erfüllt, besteht zur Zeit die größte Ansicht dafür, daß der französische Verschleppungsstandpunkt liegt und daß die ober-schlesische Frage erst im Herbst ihre Entscheidung finden werde.

Korjantyn kollapsiert?
Berlin, 20. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Korjantyn, der vorgestern noch einem Vertreter der Radio-Agentur über die Notwendigkeit Deutschland zu drücken, da es sich ja doch ducken werde, hochgemute Sätze gesprochen hat, soll plötzlich erkrankt sein. Man meint allgemein, es sei eine diplomatische Erkrankung, die ihn auf den guten Rat seiner nachgerade ein wenig ruhig gewordenen französischen Freunde befallen hat. Im „Journal des Debats“ heißt es, Frankreich solle die Anwesenheit Korjantyns benutzen, um den Ratschlag zu geben, daß die Polen nicht das Recht hätten, Frankreich neuen Komplikationen auszuliefern. Agitation und Gewalt würde ihren Interessen nicht dienen. Der Eindruck, daß die Erklärung Korjantyns in den maßgebenden Kreisen in Paris einen ungünstigen Eindruck gemacht hat, wird bestätigt durch die Art, in der der offiziöse „Temps“ über die Ankunft Korjantyns berichtet. Das Blatt erwähnt seine Ankunft in Paris kurz an einer unterlegenen Stelle des Blattes und bemerkt dazu nur: Der polnische Diktator hat einer Agentur eine Erklärung abgegeben, die an sich nichts Neues ergibt.

Lösung der ober-schlesischen Frage in Washington?
Paris, 18. Juli. Die Agentur Radio teilt der Presse eine offensichtlich inspirierte Note mit, in der die Gründe Japans, nicht ohne gewisse Garantien zur Konferenz in Washington zu gehen, dargestellt werden. Darin heißt es: „Es scheint, daß die Vereinigten Staaten diese Bedenken verstehen und es ist darauf zu rechnen, daß in den nächsten Wochen eine Formel gefunden wird, die es der japanischen Regierung ermöglicht, an der Konferenz teilzunehmen.“ Dann folgt die wichtigste Stelle und die ganze Note hat den Anschein, als wäre sie nur dazu da, um auf diesen Schluß vorzubereiten. Es heißt: „Wenn auch die Abrüstungsfrage in Washington nicht geregelt werden könnte, ist doch anzunehmen, daß die Konferenz Lösungen für gewisse Probleme finden wird, die ohne sie nicht hätten geklärt werden können.“ Wir sind z. B. überzeugt, daß das ober-schlesische Problem am leichtesten in Washington seine Lösung finden wird. Der amerikanische Schiedsrichter, wenn er, wie möglich, angerufen wird, wird unbedingt von Frankreich und von Deutschland angenommen werden, denn diese Länder haben keine Neigung, sich mit Amerika zu verbünden. Das beste wäre, bis dahin zu warten, und eben deshalb hat die französische Regierung keine Eile, den Obersten Rat vor der Konferenz von Washington einzuberufen, es wäre denn, was immer zu befürchten ist, daß die Ereignisse schneller fortschreiten, als man erwartet, und daß ein toller Streich des Generals Höfer die Alliierten zwingt, sofort militärische Maßnahmen gegen die deutsche Wiltz zu treffen. Die Haltung der Regierung Birrh in den kommenden Tagen wird entscheidend sein.

Aufgaben der deutschen Politik in der ober-schlesischen Frage.
München, 20. Juli. (Eig. Drahtber.) Zu der ober-schlesischen Frage schreiben heute die „M. N. N.“: Es scheint, als ob die Entente selbst weder in bezug auf den französischen Schritt, noch hinsichtlich des weiteren Verfahrens einig sei. Im Fettdruck heißt es dann: „Die Aufgabe der deutschen Politik würde sein, sich nicht nur auf die Zurückweisung der französischen Behauptungen zu be-

schranken, sondern — womöglich in engstem Anschluß an die hierüber vorliegenden englischen und französischen Berichte — die Vorgänge in Oberschlesien der gesamten Entente gegenüber zu schildern, um auf das Schwere sich jeden neuen Tag vermehrende Unrecht nachdrücklich hinzuweisen, das durch die Verschleppung der Entscheidung seit Monaten verübt wird. Jeder Tag, der die ober-schlesische Wirtschaft weiter verarmt, wird ebenso wie jeder Tag, der die Wiltzherrschaft am Rhein restlos verlängert, von der deutschen Regierung verbucht, und in derselben aktiven Form, von der erfreulicherweise schon einige Proben gegeben worden sind, um als schwerste Anklage gegen die Entente erhoben werden müssen, um ferner bei der weiteren Auseinandersetzung über die Erfüllung unserer finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Entente in die Waagschale geworfen zu werden, wie es der Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt ohne Zweifel auf das Bestimmteste verlangen wird.“

Polnische Bestialitäten.
Berlin, 20. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Wie aus Breslau gemeldet wird, sind die Leichen des Amtsvorstehers Wagner von Dachowitz, des Polizeimeisters Richter aus Rybnik und des Gerichtsaktuars Seidel aus Ratibor aufgefunden worden. Seidel und Richter wurden in einem Zuge, der unter verantwortlicher Leitung der Interalliierten Kommission nach Ratibor fuhr, von polnischen Insurgenten erschossen. Wagner wurde von ihnen getötet. Richter wurde von den Polen buchstäblich zerstückelt. Seidel haben die Insurgenten, nachdem er einen Bauchschuß erhalten hatte, auf grausame Weise zu Tode gequält. Die unerhörten und grauenhaften Vorgänge in Oberschlesien haben den deutschvolksparteilichen Abgeordneten Dr. Quack veranlaßt im Reichstag eine Anfrage einzubringen. Sie bezieht sich darauf, daß von den polnischen Insurgenten eine Reihe deutscher Eisenbahnangestellter bestialisch ermordet wurden und erludt die Regierung um Auskunft, welche Maßnahmen der Reichsvertehrminister getroffen habe, um die Angehörigen seiner Verwaltung zu schützen und welche Maßnahmen für die unglücklichen Hinterbliebenen ergriffen worden sind.

„Boches sind die Angreifer.“
Berlin, 20. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Zu dem in Beuthen kommand. General Comte Cemis kamen Vertreter der Stadt, um sich über die immer wiederkehrenden nächtlichen Ueberfälle der polnischen Insurgenten zu beschweren. Der General erwiderte zum großen Erstaunen der Anwesenden: „Die Angreifer sind nicht die Angehörigen der deutschen Selbstverwaltung, sondern die Insurgenten.“ Als ihm überzeugend nachgewiesen wurde, daß davon keine Rede sein könne, wurde der General wütend und schrie: „Rein, Boches sind die Angreifer!“

2,3 Millionen Schäden in Oberschlesien.
Basel, 20. Juli. (Eig. Drahtber.) Die Presse-Information erfährt aus Berlin: Die Aufstellung der Schäden des ober-schlesischen Aufstandes durch die Reichsregierung ist abgeschlossen worden. Der Bericht wird auf beschleunigtem Wege der interalliierten Kommission und den interalliierten Kabinetten zugehen. Er schließt mit einer Schadenserschätzung von 2,3 Millionen ab.

Um die Aufhebung der Sanktionen.

Ludwigshafen, 19. Juli. Der Stadtrat nahm in seiner heutigen Sitzung Stellung zu den Sanktionen am Rhein. Nachdem der Oberbürgermeister kurz auf die schweren Schäden hingewiesen hatte, nahm das Kollegium mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten, die kein Vertrauen zur Regierung haben, folgende Entscheidung an: „Der Stadtrat erachtet an, daß die Reichsregierung durch die pünktliche Erfüllung der uns im Londoner Ultimatum auferlegten Verpflichtungen alles getan hat, um die Aufhebung der Sanktionen zu beschleunigen. Mit um so größerer Enttäuschung stellt er aber auch fest, daß alle Beweise besten Willens bis zur Stunde ohne Erfolg geblieben sind. Dabei steigt unsere wirtschaftliche Not aufs höchste, der Zusammenbruch ist kaum mehr aufzuhalten. Die Industrie, deren Lager überfüllt sind, bleibt ohne Aufträge. Betriebsstilllegungen wuchten bereits erfolgen, neue stehen unmittelbar bevor. Der reelle Handel ist durch die lähmende Verkehrsperre auf Schritt und Tritt gehemmt. Dazu wird die ohnedies schon unerträgliche Wohnungsnot in Ludwigshafen durch die Notwendigkeit der Unterbringung neuer mit dem Vollzuge der Sanktionen betrauten Organe aufs äußerste gesteigert. Ueberdies strömen durch das neu aufgerissene Loch im Westen dauernd unnütze Waren herein. Die Rückwirkungen der gedrückten wirtschaftlichen Lage auf den Gewerbestand machen sich in empfindlicher Weise bemerkbar. Arbeitslosigkeit, Leertung und Massenelend bedrohen unser Land und unsere Stadt. Der Stadtrat bittet daher die Reichsregierung dringend, auch weiterhin unermüdet mit allen Mitteln die Aufhebung der Sanktionen betreiben zu lassen.“

Die Konferenz der Abrüstungen.

Japans Anrede über die Abrüstungskonferenz.
Paris, 19. Juli. Der „Temps“ veröffentlicht eine Meldung des „Daily Express“ aus Tokio, worin die Haltung Japans gegenüber der Abrüstungskonferenz sehr pessimistisch beurteilt wird. In der Meldung heißt es, die Konferenz verursache mehr Aufregung, als irgend eine andere internationale Frage es seit Jahren vermochte. Man ist sehr darüber beunruhigt, daß die Verhandlungen sich auch auf Fragen des äußersten Ostens erstrecken sollen und man befürchtet, daß die Franzosen und Italiener die Vereinigten Staaten auf Kosten Japans unterwürfen. Die Zeitungen erklären, daß die Zukunft Japans auf dem Spiel stehe. Die militärischen Blätter werfen England vor, Japan im

Stich zu lassen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß Japan an der Konferenz teilnimmt, wenn es nicht Indezug auf die Tragweite und die Form der Konferenz Befriedigung erhält.

EP. Tokio, 18. Juli. Der Vertreter Japans bei der Abrüstungskonferenz in Washington wird wahrscheinlich Freiherr Makino sein. Die Wahl dieses Vertreters wird unter den Parteien lebhaft diskutiert.

Graf Otoma hat gesagt: „Die Zukunft Japans wird von den Beschlüssen, die in Washington getroffen werden sollen, abhängen. Japans Mission ist offensichtlich die, die Rechte Asiens zu verteidigen, doch werden die Vereinigten Staaten ihr Bestes tun, um Japans Tätigkeit in China und Sibirien einzuschränken. Sie werden China zur Seite stehen. Wir verstehen die Beteiligung Frankreichs, Englands, der Vereinigten Staaten, Italiens und Japans an der Konferenz, wir verstehen aber nicht, was China in Washington zu tun hat.“

Eine hohe politische Persönlichkeit hat verkündet, daß die japanische Regierung vorbehaltlos annehmen wird, daß die Fragen der Insel Nap, Schantung, Sibirien und China auf der Konferenz diskutiert werden. Sie wird diesen Standpunkt ausführlich und deutlich der Konferenz darlegen.

Die japanische Delegation in London.

EP. London, 19. Juli. Sechs Mitglieder des japanischen Parlamentes sind gestern in London angekommen. Sie haben die Abrüstungsfrage in den Vereinigten Staaten untersucht und werden eine Woche in England verweilen. Ihre nächsten Etappen werden Paris und Brüssel sein. Ende des Monats werden sie der internationalen Konferenz, die in Brüssel abgehalten werden soll, beiwohnen. Ein Mitglied dieser Delegation erklärte in einem Interview, daß die öffentliche Meinung in Japan der Abrüstung günstig sei. Die große Mehrheit des Volkes hoffe, daß die Konferenz zu einem Bündnis zwischen Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Japan führen soll, was das beste Mittel wäre, um den meisten Problemen der Gegenwart ein Ende zu machen.

Wiedereröffnung der Mandatsfrage.

WB. Paris, 19. Juli. Wie der New York Herald aus Washington meldet, erkennen die Alliierten das Recht der Vereinigten Staaten auf die Mitbestimmung in der Frage der Mandate an. Es sollen Verhandlungen über die Mandatsfrage mit den Vereinigten Staaten ausgenommen werden. Befamlich bedeutet das u. a. die Wiedereröffnung der Fragen des englischen Mandates über Mesopotamien und des japanischen Mandats über die Insel Yap.

Die Verwicklungen im nahen Osten.

Türkischer Heeresbericht.

WB. Angora, 19. Juli. Haas. Brussaabschnitt: Die Griechen begannen am 10. Juli vorzurücken und konnten bis zur Linie Jemishegir-Hassan-Palcha kommen. Eine Abteilung ging über Bendische und Jemishegir in der Richtung auf Agaischia.

Udshadabschnitt: Der Feind versuchte in der Richtung auf Kebus vorzugehen, wurde aber bei Walistöh aufgehalten. Unsere Truppen ziehen sich in voller Ordnung zurück und unsere Vorposten bleiben mit dem Feind in Führung. Die Tätigkeit unserer stiegenden Kolonne im Rücken der griechischen Front wird fortgesetzt. Wir haben auf der Straße Aidin-Kazile eine Brücke gesprengt, die eine Länge von etwa 70 Meter hatte, und drei weitere Brücken in der gleichen Gegend.

WB. Angora, 19. Juli. (Haas. Die Nationalversammlung hat einen Kredit von 100 Millionen Francs für die nationale Verteidigung bewilligt.

Das Kabinett Bonomi vor der Kammer.

Erklärungen des Ministeriums.

EP. Rom, 19. Juli. Die in der gestrigen Kammer Sitzung abgegebenen ministeriellen Erklärungen verfallen in vier Abschnitte. Bei der Behandlung der äußeren Politik betonte Bonomi die Vertragstreue Italiens. Auch das vielbesprochene Problem von Fiume mußte verhandelt werden. Da das Kabinett offiziell wegen der Außenpolitik des Grafen Sforza zu Fall gekommen war, und die Richtlinien für diese Politik noch für längere Zeit festliegen, ist die übliche Aufnahme seiner Erklärungen, die die Reichsparteien enttäuschten, verständlich. Der zweite Teil der Rede bezog sich auf die wirtschaftliche Lage und die Staatsfinanzen. Bonomi zog es vor, dem Finanzexperte nicht vorzugreifen. Der Wunsch an positiven Angaben, besonders über die Erhöhung des Budgetbeitrags wurde als eine Illusion empfunden. Bonomi kündigte die Revision der Kriegsgewinnsteuer und die Umwandlung der Anleihen in Staatsanleihen an und bemühte sich damit die Linke, ohne die bürgerlichen Parteien zu befriedigen. Weitgehendes Verständnis fanden die angeführten Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, besonders das Prinzip, die Arbeitslosen durch vom Staat geschaffene Arbeitstätigkeiten zu unterstützen. Aufmerksamkeit folgten die Abgerundeten den Erklärungen über die Innenpolitik. Bonomi befehligte sich größter Mäßigung. Den Faschismus schätzte er als die natürliche Reaktion auf die Angriffe gegen den bürgerlichen Staat. Da nun der Staat eingreife, seien Reaktion und Gegenreaktion überflüssig geworden. Die Regierung werde mit allen Mitteln die Einstellung des Bürgerkrieges zu erreichen versuchen. Die Haltung des Hauses der Regierung gegenüber wird von der Regierg der Presse als wohlwollend abwartend gekennzeichnet.

Die Brotfrage.

Englischer Kredit von 3 Mill. Pfund Sterling.

WB. Berlin, 19. Juli. Es ist in den letzten Tagen zwischen der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel mit Zustimmung des Reichsernährungsministeriums und des Reichsfinanzministeriums ein Abkommen mit einer größeren Gruppe englischer Großbanken (u. a. Baring, Kleinwort, Morgan, Rothschild und Schroeder) getroffen worden, nach welchem der Einfuhrgesellschaft ein Kredit in Höhe von zunächst drei Millionen Pfund Sterling in der Weise zur Verfügung gestellt wird, daß für die zu tätigen Brotgetreideeinkäufe von Uebersee die Verschiffer auf genannte Banken Wechsel mit viermonatiger Laufzeit ziehen. Auf diese Weise können noch die erforderlichen Mengen Brotgetreide im Auslande zu recht günstigen Bedingungen erworben werden.

Brotverteuerung und Arbeitslosenlohnung.

Berlin, 20. Juli. (Priv. Tel.) Der „Vorwärts“ deutet auf eine bevorstehende Lohnbewegung im Zusammenhang mit der Brotpreiserhöhung hin. Das Blatt glaubt, der Arbeiter, der Reichsbild und Schroeder) getroffen worden, nach welchem der Einfuhrgesellschaft ein Kredit in Höhe von zunächst drei Millionen Pfund Sterling in der Weise zur Verfügung gestellt wird, daß für die zu tätigen Brotgetreideeinkäufe von Uebersee die Verschiffer auf genannte Banken Wechsel mit viermonatiger Laufzeit ziehen. Auf diese Weise können noch die erforderlichen Mengen Brotgetreide im Auslande zu recht günstigen Bedingungen erworben werden.

bleiben, als mit allen Mitteln, die ihm seine Organisation in die Hand gibt, den Lohn in die Höhe zu treiben.

Nach Mitteilung einer Berliner Wochenkorrespondenz werden zwischen den Arbeitgeber und den Arbeiter- und Angestelltenverbänden in den nächsten Tagen in der Zentralarbeitsgemeinschaft Verhandlungen stattfinden, um einen Ausgleich für die bevorstehende Verteuerung des Brotes zu finden.

Große Lebensmittelnot in Pommern.

DRB. Danzig, 19. Juli. Die polnische Teuerung ist nunmehr auch auf Pommern übergegriffen. In Posen, Lohorn und Graudenz kam es zu Lebensmittelunruhen. Die Arbeiter von Neustadt in Westpreußen veranlaßten lärmende Demonstrationen. Seit dem 15. Juli ist der Brotpreis von 34 auf 90 Mt. gestiegen. Die Gemertschaften führten den Generalstreik durch. Unter dem Druck der bevorstehenden Stilllegung des Eisenbahnbetriebes hat der Postverkehr von und nach Deutschland fast ganz aufgehört. Der Proteststreik richtet sich nicht nur gegen die ungeheuren Preise, sondern auch gegen die Sommergäste aus Warschau, die der einheimischen Bevölkerung die wenigen Lebensmittel entziehen und die Preise horrend in die Höhe treiben. Die Not macht sich geltend in der Forderung: „Das nan Kongresspolen!“ und in verschiedenen Rufen nach einer Volksabstimmung. Als Folge der verworrenen wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen hat die Unsicherheit beträchtlich zugenommen.

Eine in Bromberg verhaftete polnische Bande hatte die Gegend von Deutschkrone systematisch heimgesucht. Zwei anderen gleichfalls in Bromberg unschädlich gemachte Banden konnten große Mengen an Waffen, Geld, Kleidern und Lebensmitteln abgenommen werden.

Der Aufmarsch zu den Landtagswahlen.

Wie mitgeteilt, überwiegt in der Demokratischen Partei Badens die Auffassung, man müsse auch weiter Hand in Hand mit der Sozialdemokratie und dem Zentrum wirken. Die Demokratische Partei ist selbst davon überzeugt, daß sie nicht in aller Stärke in den neuen Landtag eingehen wird. Sie rechnet damit, daß sie kaum die Hälfte der bisher innegehabten Mandate erhalten wird. Das würde natürlich auch eine entsprechende Minderung ihres Einflusses auf die Regierungspolitik bedeuten, während auf der anderen Seite das Erscheinen der unabhängigen im Landtag die radikalere Tendenz im Zentrum und in der Sozialdemokratie verstärkt wird. Wie wir hören, fürchtet man unter solchen Umständen in der oppositionellen Rinderheit der Demokratischen Partei, daß ihr Gewicht nahezu aufgehoben werden wird, während sie, das Gewicht der bürgerlichen Opposition stärkend, selbst mit geminderter Mandatszahl doch noch einen beträchtlichen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge üben könnte. Es ist wohl nicht unwahrscheinlich, daß manche Demokraten, die die politische Selbstauscheidung der Partei fürchten, die Folgerungen ziehen und in die Reihen der Parteien treten werden, die keine bürgerliche Klassenpolitik treiben, wie fälschlich behauptet wird, aber die bürgerliche Klasse nicht durch utopische oder unmögliche sozialistisch-demokratische Experimente noch weiter in Bedrängnis bringen lassen wollen. Der Tod Sängers, das Ausschcheiden Köhlers aus dem politischen Leben werden fraglos diese Bewegung fördern. Die beiden hervorragend tüchtigen Männer aus dem alten nationalliberalen Lager hatten manchen Mann noch an die Fahne der Demokratischen Partei gefesselt, der innerlich schon längst Zweifel hatte, ob er auf der richtigen Seite stünde; mancher wird sich nunmehr persönlich nicht mehr so gebunden und verbunden fühlen und wird nicht begreifen, daß er als Angehöriger des liberalen Bürgertums Hand in Hand mit der Sozialdemokratie, dem Zentrum und womöglich der U.S.P. Politik treiben soll.

Wie im gestrigen Abendblatt erwähnt, hat die Deutsche Volkspartei in der Sitzung ihres geschäftsführenden Ausschusses erklärt, sie werde auch in Zukunft ihre volle Unabhängigkeit allen Parteien gegenüber wahren. Ihr Organ, die „Badische Post“, schreibt zu dieser Erklärung u. a.:

„Hinter dieser schlichten Erklärung steht gewissermaßen ein parteipolitisch-programm der Volkspartei in Baden. Zunächst wiederholt sie das bereits auf dem Freiburger Parteitag im Mai durch den Landesverbandvorsitzenden, Prof. Weber, abgegebene Bekenntnis zur unbedingten Selbstständigkeit. Es erneuert zu betonen, liegt Veranlassung vor, da inzwischen auf dem Deutschnationalen Parteitag, ebenfalls in Freiburg, der Abg. Habermehl-Borheim Sirenenklänge über die „unbedingt notwendige Verschmelzung der beiden verwandten Parteien“ ertönen ließ. Auf der anderen Seite sind analog den Bestrebungen von Stegerwald und Erleszen im Reich auch Bemühungen inoffizieller Art in Baden zu verzeichnen gewesen, bei denen unter der Flagge: „Sammlung des Bürgertums“ die Verschmelzung der Deutschen Volkspartei mit anderen Parteien herbeizuführen versucht wurde. So wurde von demokratischer Seite des öfteren von Zusammenläuten und Verschweigen gesprochen. Allen diesen Bemühungen gegenüber hat der geschäftsführende Ausschuss, ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren, einmütig jegliche Verschmelzung mit anderen Parteien, aber auch nur Wahlbündnisse gütig abgelehnt. Das Bestreben, den Gedanken des Ausgleichs, den gerade wir stets vertreten haben, in organisatorische Formen zu pressen, geht zu weit. Was notwendig ist, kann in parlamentarischer Arbeit erreicht werden. Aber auch die Parteikörper angewandt, führt zu weit getriebene Fusion unfehlbar zur Konfusion! Wir haben an dem einen Male mehr als genug. Es ist auch nicht einzusehen, warum sich in Baden etwas verwirklichen soll, was im Reich zurzeit wenigstens unmöglich ist. Im übrigen haben die Erfahrungen der letzten Wochen gezeigt, daß sich gegenüber sozialistischen Angriffen und gegenüber Versuchen, die Revolution weiterzuführen, alle jene Elemente, die zusammengehören, jederzeit zu einer Abwehrfront zusammenfinden. Erst die Schlußsitzung des preussischen Landtags hat dies deutlich bewiesen. Ein solches Zusammenfinden wird aber nicht durch paragraphenmäßiges Zusammenschließen erleichtert, sondern nur durch eine klare und richtunggebende Politik, wie sie die Deutsche Volkspartei bisher verfolgt hat.“

Wenn die Demokratische Partei bei dem Entschluß bleibt, nur Hand in Hand mit der Sozialdemokratie und dem Zentrum ihren weiteren Weg zu machen, würde diese Partei für eine gemeinsame Abwehrfront nicht mehr in Frage kommen, auch gar nicht in Frage kommen wollen. Es könnte sich dann nur noch darum handeln, daß aus ihren Reihen zahlreiche Einzelpersonen oder auch Gruppen es vorsehen, sich in die Abwehrfront einzufügen.

Nachtragsberatungen im Haushaltsausschuß des Landtags.

Ill. Karlsruhe, 19. Juli. In Fortsetzung der Beratungen des Ausschusses zum Haushaltsentwurf durch den Haushaltsausschuß

des Landtags wurde auch das große Brandungsgeld in Sunkhäusern erörtert. Für die Brandungsgeld sind 66 000 Mark in den Budget eingestellt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Landwirte sich besser gegen Feuergefahr, Hagelschlag usw. versichern sollten. Einverleibten erklärte sich der Haushaltsausschuß mit der Verwendung der zweiten Rate des dem badischen Staat aus dem Erlös des entbehrlichen Heresquis ausbleibenden Gewinnanteils in Höhe von 945 000 Mark, wovon mir schon berichtet haben. Ebenso war der Haushaltsausschuß damit einverstanden, daß die Erklärungen der badischen Fleischverforgungsstelle in Höhe von 4 200 000 Mark der Förderung der Landwirtschaft vor allem dem Wiederaufbau der Viehzucht, zugute kommen. Bei der Besprechung des Voranschlags des Ministeriums des Kultus und Unterrichts stimmte der Ausschuss einem sozialdemokratischen Antrag zu, wonach zur Förderung der Jugendpflege jährlich weitere 50 000 Mark statt nur 25 000 Mark einsetzt werden sollen. Die Beratung über die Anforderungen für das Landesmuseum und für die Kunsthalle in Karlsruhe wurde noch ausgesetzt, da diese Sammlungen zunächst besichtigt werden. Das Landesmuseum ist von den Mitgliedern des Haushaltsausschusses bereits besichtigt worden; die Besichtigung hat einen vorläufigen Eindruck hinterlassen. Weiterhin gab der Ausschuss sein Einverständnis, daß aus dem Gewinnanteil, der dem badischen Staat als Erlös des entbehrlichen Heresquis zufließt, 60 000 Mark für Hochschulausweise verwendet werden. Ueber die Verwendung im einzelnen haben wir ebenfalls schon berichtet.

Bayrischer Landtag.

DRB. München, 19. Juli. Vor Beginn der heutigen Sesssion des Landtages hatte sich auch der Staatshaushaltsausschuß nachmals mit den Wasserstraßenvorlagen zu befassen, da telegraphische Eingaben der Städte des Maindreiecks und der Stadt Augsburg wegen der Umlenkführung des Main-Donau-Kanals vorlagen. Der Ausschuss beschloß, die Eingaben der Städte im Maindreieck der Regierung zur Kenntnis zu geben und erklärte, die Eingabe Augsburgs, soweit sie die Umlenkführung betrifft, als erledigt. Die Anregung, den Led-Subringer für 1200 Tonnen Schiffe auszubauen, soll ebenfalls zur Kenntnis der Regierung gebracht werden.

In der anschließenden Besprechung des Landtages erstattete Abg. Dr. von Kallling dem Ausschuss Bericht. Im Anschluß hieran wies Staatssekretär Dr. Schaefer namens der Staatsregierung auf die Bedeutung des Tages hin und gedachte mit Dank aller derer, die die große Idee förderten und an ihr mitarbeiteten. Der Staatssekretär schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Main-Donau-Strasse ein Bandglied nicht nur für die Wirtschaft und den Verkehr der Länder werde, sondern auch ein Band, das die Nationen kulturell verbinden und zu heben vermöge.

In der Aussprache betonte auch der Abg. Dr. Ditz (D.) die außerordentliche Wichtigkeit der Vorlage und schloß sich dem Dank an die Förderer der Wasserstraßenprojekte, in erster Linie dem früheren König an, und empfahl, die Frage der Umlenkführung des Main-Donau-Kanals nicht im Sinne der Regierungsvorlage festzusetzen, sondern sie, ebenso wie die Frage der Einbeziehung des Main-Dreiecks einer nochmaligen Nachprüfung zu unterziehen und in diesem Sinne den Antrag Hartmann bezüglich des Maindreiecks sowie den Antrag Kiermann und Dr. Funke, im Vertrag Nürnberg-Regheim durch Nürnberg-Donau zu ersetzen, zuzustimmen. Abg. Heide (S. P.) erklärte diesen Anträgen gegenüber, sie seien geeignet, angelehnt der internationalen Tragweite des Unternehmens, im letzten Augenblick der Durchführung des Werkes die größten Schwierigkeiten zu bereiten. Er trat für den ihm eingereichten Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage, auch bezüglich der Umlenkführung des Main-Donau-Kanals, ein. Auch Ministerialdirektor von Boehmann warnte vor Annahme der Anträge, da niemand die Verantwortung übernehmen könne, daß das Unternehmen jemals wieder mit Erfolg in Angriff genommen werden könne, wenn es nicht gelänge, die Alltagswirtschaft in den nächsten Wochen zusammenzubringen.

Nach einer kurzen Steuerdebatte, in der die Abg. Kiermann und Dr. Ditz gegen die Regierungsvorlage hinsichtlich der Umlenkführung Nürnberg-Regheim sprachen, kam das Haus zur Abstimmung, in der, wie bereits gemeldet, die Anträge Hartmann und Kiermann und Boehmann angenommen und der Antrag Heide abgelehnt wurde. Die Vorlagen wurden in ihrer Gesamtheit mit diesen Änderungen mit großer Mehrheit angenommen.

Sitzungsloshut am 12. August.

DRB. München, 19. Juli. Der Kellterrat des Bayerischen Landtages hat sich heute erneut mit der Geschäftsfrage befaßt und ist zu dem Beschlusse gekommen, daß die Verhandlungen des Landtages am 12. August abgeschlossen werden sollen. Bis dahin hofft man, alle vorliegenden und noch zu erwartenden Vorlagen mit Einschluß des Stellenausweises verabschiedet zu können.

Die Verhandlungen über die Gründung der Main-Donau A.-G. unterbrochen.

DRB. München, 19. Juli. Die Verhandlungen über die Gründung der Main-Donau A.-G. sind heute nachmittag zunächst unterbrochen worden. Ihre Fortsetzung ist noch ungewiß, da noch Verhandlungen mit verschiedenen amtlichen Stellen notwendig geworden sind. Voraussichtlich dürfte Ausschichtsratsvorsitzender der Abgeordnete Heide, Bayer. Volkspartei, werden. Ueber die Frage, ob und welche Stellung Ministerialdirektor Dr. v. Grafmann erhalten wird, sind noch keinerlei Beschlüsse gefaßt.

Letzte Meldungen.

Die Weltrevolution über alles!

[Berlin, 20. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Auf dem Kongress der kommunistischen Jugendinternationale bezeichnete Trotsky die gegenwärtige Lage als Uebergangsperiode der Revolution. Er erklärte, es sei möglich zu behaupten, daß Rußland durch die Annäherung von Beziehungen zu Westeuropa eine Schwentung nach Rechts gemacht habe. Für Sowjetrußland sei der Ausbruch einer Revolution in Deutschland und Frankreich wichtiger als alle auswärtigen Handelsbeziehungen. Daraus ergibt sich, daß das in Deutschland in der letzten Zeit überschätzte Handelsabkommen nur einen Bluff bedeutet.

Rußland kauft Schiffe.

WB. Christiania, 19. Juli. Das Dampfschiff „Brann“ von 2300 Tonnen ist für 32 000 Pfund Sterling von Norwegen an Rußland verkauft worden. Rußland hat außerdem noch 20 andere Fahrzeuge gekauft, die zusammen nach Archangelsk gehen sollen. Die Schiffe gehen von Archangelsk nach dem Nordpol, wo sie mit dort aufgestellten Exportwaren nach den nördlichen russischen Distrikten beladen werden sollen. Der Dampfer Brann ist nach Göteborg abgegangen, um dort Ladung zu nehmen, die im wesentlichen aus landwirtschaftlichen Maschinen besteht. Die übrigen Schiffe laden in verschiedenen Häfen. Die meisten der gekauften Fahrzeuge seien englischer oder deutscher Herkunft.

K. Kreuznach. Der Sekretär der Deutschen Volkspartei Peter Kuch in Kreuznach stand vor dem französischen Gericht, weil er bei Gelegenheit eines Ausfluges eine nicht angemahnte politische Versammlung abgehalten haben soll. Der Ausweis wird in einem Zeitungsartikel des Kuch gegeben, den er nachträglich zurückgezogen hat, aber erst nachdem durch den Kreisdelegierten Klärungen von Kuch verlangt worden waren. Kuch gab an, daß es sich lediglich um Ausflüge zu Werbezwecken für seine Partei gehandelt habe. Er wurde zu einer Geldstrafe von 500 Mark oder zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Sitzung des Bürgerausschusses

am Dienstag, den 19. Juli 1921.

Der Bürgerausschuß hat einen neuen Obmann. Vor Beginn der gestrigen Sitzung wurde Stadtd. Heinrich Fuhs, der schon früher längere Jahre zum Kollegium gehörte, vor einigen Monaten als Ersatzmann eine entsandene Lücke ausfüllte, zum Mitglied des Stadterordnetenkollegiums gewählt. Herr Fuhs kam aber gleich nach einem Platz höher. Herr St. B. Thrig, der seit Herbst für den erkrankten Obmann den Vorsitz geführt hatte, gab im Verlaufe der Sitzung die Erklärung ab, daß der Stadterordnetenvorstand beschließen habe, Herrn Fuhs zum Obmann zu wählen. Er forderte ihn auf, seinen neuen Sitz vor dem Platze des Oberbürgermeisters einzunehmen und verband damit einige herzliche Worte der Begrüßung, denen sich Herr Dr. Ruher anschloß, ohne dabei zu vergessen, der Vertretung des Amtes durch Herrn Thrig rühmend zu gedenken. Herr Fuhs, der seit hergebrachter Gewohnheit die „Volksstimme“, ist damit nicht nur der Nachfolger seines Mitarbeiters in seiner Eigenschaft, als Ersatzmann, sondern auch als Oberhaupt des Stadterordnetenkollegiums geworden.

Von der deutschdemokratischen Fraktion lag eine sog. „Kurze Anfrage“ vor, die wir mit der Antwort im Sitzungsbericht wörtlich zum Ausdruck bringen. Es wurde angefragt, ob der Stadtrat bereit sei, einen anderen Modus in der Milchzuteilung einzuführen, und ob die Milchzentrale sämtliche Milchquellen wieder verschließt, die in Vorkriegszeiten für Mannheim geschlossen sind. Aus der Antwort geht hervor, daß der Verteilungsmodus nicht geändert werden kann, weil einer anderen Regelung die gesetzlichen Bestimmungen entgegenstehen und weil sich die Verhältnisse in der Milchzuteilung und Zuführung seit Beginn des Krieges grundlegend geändert haben.

Als dann in die Tagesordnung eingetreten wurde, hatte wohl kein Mitglied des übrigen recht schwach besetzten Kollegiums geglaubt, daß die 19 Punkte der Tagesordnung in einer Sitzung erledigt werden könnten, noch dazu in knapp 4 Stunden. Die meisten Vorlagen wurden ohne Debatte genehmigt. Eine längere Aussprache knüpfte sich an die Zusatzaufträge an den Mannheimer Kunstverein. Die Unabhängigen und Kommunisten ritten aus prinzipiellen Gründen eine heftige Attacke gegen die Erhöhung des städtischen Zuschusses auf 15 000 M. Zur Begründung des ablehrenden Standpunktes wurde ausgeführt, daß der Verein in der Lage sei, die höheren Verwaltungskosten aus eigenen Mitteln durch entsprechende Erhöhung der Beiträge aufzubringen. Stadtrat Schwarz gebrauchte sogar den Ausdruck „Unverschämtheit“ für das Vorgehen der städtischen „Kasse“, auf diese Weise öffentliche Mittel in Anspruch zu nehmen. Auch St. Dr. Roedel sprach sich aus grundsätzlichen Bedenken namens der Zentrumsfraktion für die Vorlage aus. Umso entschiedener stellten sich die Sprecher der Rechtssozialisten auf dem Standpunkt, daß bei der Beurteilung der Angelegenheit der Charakter des Vereins vollkommen ausschleide. Es handle sich schließlich um eine kulturelle Frage, die, wenn man sie unter dem Gesichtswinkel betrachte, daß durch die Unterstützung des Kunstvereins gleichzeitig aufstrebende Talente gefördert werden, unbedingt zur Bewilligung des Zuschusses führen müsse. In der Abstimmung wurde denn auch die Vorlage mit 42 gegen 35 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten außer der gegen 35 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten außer der gegen 35 Stimmen angenommen.

Am Schluß der Tagesordnung standen vier Vorlagen, die der Wädlerung des immer mehr um sich greifenden Wohnungselends dienen sollen. Die Aussprache über diese wichtigen Gegenstände wurde durch den Oberbürgermeister mit einem Akt der Pleidit eingeleitet. Er gedachte mit bewegten Worten des schnellen Hinsiebens des Deserten des Wohnungswesens, Stadtrat Seibold, mit dessen Namen noch sämtliche Verlagen unterzeichnet sind. Bei der Besprechung der Erstellung von drei Häusern mit 20 Ein- und Zweizimmerwohnungen durch den St. B. Stoll in Reckarau mit einem Aufwand von nahezu einer Million Mark wurde von bürgerlicher Seite der Genehmigung darüber Ausdruck gegeben, daß sich endlich ein Privatunternehmer findet, der unter günstigen Bedingungen Wohnhäuser erstellt. Nicht ohne Bedenken war St. B. Perren, der als Stadtmann feststellte, daß Herr Stoll zu den Bauten Altmaterialien verwenden will. Vom Stadtrat wurde ihm dann die Aufforderung, sich über die Übernahme der Bürgerschaft und Ausbietungsgarantie bei der Gemeinnützigen Mannheimer Baugesellschaft m. b. H. aufzukommender Darlehen auf. Hier war es wieder die Linke, die durch St. B. S. m. e. r. erklären ließ, daß sie grundsätzlic gegen die Vorlage sei, weil sie nur in der Kommunalisierung des Grund und Bodens und der Sozialisierung der Baufstoffe das Heil der mohnungshescheiden Menschheit erblickt. Bedenken wurden vom Stadtd. Dr. Roedel lediglich wegen der Gestaltung des Vertrages zwischen Stadterverwaltung und Baugesellschaft geäußert, worauf der Oberbürgermeister erwiderte, daß günstigere Bedingungen nicht zu erreichen gewesen seien. Bei der letzten Vorlage, durch die weitere Millionen zur Gewährung von Baukostenzuschüssen und Darlehen bewilligt wurden, vertrat sich Oberbaurat Zizler, der neue Leiter des Hochbauamts, über den gegenwärtigen Stand der städtischen Bauarbeiten zur Schaffung neuer Wohnungen und entwickelte in kurzen Sätzen sein Zukunftsprogramm, das in der Schaffung eines umfassenden Wohnungsprogramms und General-Bauungsplanes kulminiert. Empathisch berührte die Versicherung, daß rasche Arbeit in der Schaffung neuer Wohnungen geleistet werden soll.

Sitzungsbericht.

Um 3.15 Uhr eröffnet der Oberbürgerm. Dr. Ruher die Sitzung bei schwach beleuchtetem Hause. Aus der sehr umfangreichen Tagesordnung stehen 19 Punkte, so daß vorrätigshalber für den Notfall eine Fortsetzung auf Freitag nachmittags geplant ist. Der Namensaufruf ergibt mit 78 anwesenden Mitgliedern die Beschlussfähigkeit des Hauses. Oberbürgermeister Dr. Ruher gebietet des Stadtd. Huber und des Stadterordnetenvorstandes Pfeiffle, denen zu Ehren sich die Versammlung von den Plätzen erhebt. Bürgermeister Dr. Walli gibt folgende

Kleine Anfragen

der Deutschdemokratischen Fraktion bekannt:
1. Die Verteilung der Milch ist in der jetzigen Form unhaltbar, insbesondere armen Familien ist es gar nicht möglich, die ihnen zustehende Menge Milch zu kaufen, während andere Familien mit Kindern von 13 Jahren, sowie ältere leidende Personen keine Milch erhalten. Ist der Stadtrat bereit, hier einen anderen Verteilungsmodus einzuführen?
2. In der Einwohnerschaft wird gegen die Milchzentrale der Vorwurf erhoben, sie wäre nicht imstande, die Menge Milch in die Stadt einzuführen, wie es jetzt dem privaten Milchhandel möglich wäre. Ist der Stadtrat in der Lage, die Erklärung abzugeben, daß die Milchzentrale alle die Milchquellen wieder erschließt, die in Vorkriegszeit für Mannheim geschlossen sind?
Der Stadtrat erteilt hierauf folgende

Antwort:

Zu 1. Der Grundgedanke der städtischen Milchordnung, daß die zur Verfügung stehende Milch nur an bestimmte Personen in bestimmten Mengen abgegeben werden darf, beruht auf einer Anweisung des Ministeriums des Innern in der Verordnung vom 20. Mai 1921 über den Verkehr mit Milch. Nach dieser Verordnung sind zunächst Kinder bis zum 14. Lebensjahre (abwärts nach den Altersklassen unter Benennung der jüngeren Kinder), werdende und stillende Mütter, Kranke sowie Personen über 70 Jahren mit Vollmilch zu versorgen und erst die nach voller Berücksichtigung dieser Gruppen noch verbleibende Milch darf auf die erwachsene Bevölkerung verteilt werden. Die der Stadt Mannheim zur Verfügung

stehenden Milchmengen haben nun zwar in erfreulicher Weise zugenommen, sie reichen aber regelmäßig nicht aus, um alle Vollmilchverbraucherberechtigten in voller Höhe zu befriedigen; es konnte deshalb den Kindern im 13. und 14. Lebensjahre ein Bezugsrecht seither leider nicht eingeräumt werden. Die Milchhändler müssen zunächst die Ansprüche der Bezugsberechtigten befriedigen. Etwas Milch, die dann noch verbleiben dürfte, sie selbstverständlich auch an Nichtbezugsberechtigte verkaufen, wie es auch tatsächlich geschieht. Die Einräumung eines Vorrechts gewisser Gruppen an dem Ueberfluß wäre bei dessen wechselnder Höhe und der Schwierigkeit der Ueberwachung praktisch nicht durchführbar. Eine völlige Freigabe der Milchverteilung kann erst erfolgen, wenn die Verordnung des Ministeriums des Innern aufgehoben oder geändert wird. Die Verordnungsbefugnis ist zurzeit auch nicht gerichtlich; die vorhandenen Milchmengen genügen der Nachfrage noch nicht; bei einer freien Verteilung wäre somit zu befürchten, daß die nicht kaufkräftigen, auf Milch unbedingt angewiesenen Kreise durch Ueberbieten des Kaufpreises benachteiligt würden.

Zu 2. Auf Grund der Reichsmilchverordnung und der badi-schen Vollzugsverordnung ist die Einteilung der Ueberflußbezirke auf die Städte beibehalten, um eine möglichst gleichmäßige Versorgung zu gewährleisten und Preisstreiberien zu verhindern. Der Handel wäre hiernach gar nicht in der Lage, in die Versorgungsgebiete anderer Städte einzubringen. Die Aufbringung der Milch in den der Stadt Mannheim zugewiesenen Ueberflußbezirken erfolgt durch die Milchzentrale oder unter deren Leitung durch Bezirksorganisationen, wobei die mustergetreue Arbeit der Milchzentrale unter ihrem derzeitigen Leiter allgemein anerkannt wird. Es ist nicht anzunehmen, daß der Handel in der Lage wäre, größere Mengen Milch aus den der Stadt zugewiesenen Bezirken herauszuholen, zumal die Landwirte in vielen Teilen des Landes nicht gerne mit dem Milchhandel arbeiten. Da die Milch zum großen Teil aus sehr entfernten Gegenden des Landes herbeigebracht werden muß, wäre der Handel übrigens schon finanziell kaum imstande, diese Milch zu bringen, da ein sehr großes Kannenpiel erforderlich ist, örtliche Sammelstellen errichtet und unterhalten werden müssen, um die Milch zum Versand vorzubereiten, Kühlmagen notwendig sind usw. Ob und wann die grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben und wie sich dann die Verhältnisse gestalten werden, kann nicht vorausgesetzt werden.

Der stellvertretende Stadterordnetenvorstand Thrig teilt mit, daß Buchdrucker Heinrich Fuhs in den Stadterordnetenvorstand gewählt wurde und macht den Vorschlag, auch gleichzeitig den Stadterordnetenvorstand zu wählen. Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung ein.

Erhebung von Gebühren bei der Ortskohlensteu.

Der Stadtrat hat beschloffen, zur teilweisen Deckung der Verwaltungskosten der Ortskohlensteu vom 1. Mai 1920 ab für die Uebgabe eines Reichsbauabzugsheines an die Großhändler für jeden Bezugshain eine Gebühr von 60 Mark zu erheben.

St. B. R. o. l. l. (Str.) bittet die Redner, sich nur auf die wichtigsten Bemerkungen zu beschränken, damit die reichhaltige Tages-

Nicht nur

für ein Vierteljahr kann der Mannheimer General-Anzeiger bei der Post bestellt werden.

sondern auch

für jeden einzelnen Monat innerhalb des Vierteljahres. Man übergebe die Bestellung frühzeitig dem Briefträger oder der Postzustellungsstelle für den Monat August. 5897

ordnung heute erledigt werden kann. Er empfiehlt die Annahme der Vorlage. St. B. Seizinger (USP.) sieht in der Erhebung dieser Gebühren eine indirekte Besteuerung und lehnt sie namens seiner Fraktion ab. St. B. Scherer (Komm.) lehnt ebenfalls die Vorlage ab. Sie wird jedoch gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Besteuerung des Liegenschafts- und Betriebsvermögens im Steuerjahr 1921—22.

Der Stadtrat hat am 18. Juni 1921 beschloffen, für das Rechnungsjahr 1921 gemäß § 4 des badi-schen Gesetzes vom 23. Mai 1921 eine Gemeindefsteuer von 1.80 M auf je 100 M Steuerwert des Liegenschafts- und Betriebsvermögens zu erheben. Die Erhebung weiterer Beträge bleibt vorbehalten. Die Steuer ist fällig zu je einem Viertel 14 Tage nach der Zustellung des Forderungsscheines, dann am 1. Oktober, 1. Dezember 1921, 1. Februar 1922.

St. B. R. o. l. l. (Str.) begründet kurz diese Vorlage mit der sachlichen Bemerkung, daß die Stadtkasse Geld brauche und empfiehlt sie zur Annahme. St. Dr. Wolfhard (Dem.) stellt fest, daß die Vorlage vorher nicht zur Prüfung an die Finanzkommission gelangt ist und wünscht, daß dies noch nachträglich geschehe. St. B. Horst (Komm.) lehnt die Vorlage ab. Sie wird mit Mehrheit angenommen.

Zu dieser Vorlage ist noch folgender Nachtrag eingegangen:

Besteuerung des Liegenschafts- und Betriebsvermögens im Steuerjahr 1920—21.

Stadtratsbeschuß vom 19. Juni 1921: Die Beschlüsse der städt. Kollegien vom 22. Juli/7. September 1920 und vom 9./28. Dez. 1920, wonach für das Rechnungsjahr 1920 eine Gesamtumlage auf das Liegenschafts- und Betriebsvermögen von 1.62 M für je 100 M des Steuerwertes zu erheben ist, werden auf Grund des § 3 des Landesgesetzes vom 23. Mai 1921 bestätigt. Hiernach ist, falls nach etwa ergehenden Entscheidungen der Verwaltungsgerichte die Erhebung einer Umlage in obiger Höhe unzulässig gewesen sein sollte, eine Nachtragsumlage auf den Betrag von 1.62 M für je 100 M Steuerwert zu erheben.

In der Begründung wird ausgeführt: Nach der staatlichen Gesetzgebung des Jahres 1920 und der vom Ministerium des Innern gegebenen Auslegung (Entschlieung vom 8. Juni 1920 und 14. Januar 1921) konnte die Stadt Mannheim für das Jahr 1920 im ganzen 150% des Höchstumlagesatzes vom Liegenschafts- und Betriebsvermögen erheben, der im Steuerjahr 1919 erhoben worden ist. Diese ergeben den Satz von 1.62 M. Wegen die Auslegung des Gesetzes und demnach auch gegen die angeforderte Umlage sind nun zahlreich Beschwerden mit dem Antrag auf verwaltungsgerichtliche Feststellung eingegangen; hierbei wird geltend gemacht, daß in Mannheim für 1920 nur 1.50 M statt 1.62 M hätten erhoben werden dürfen. Es ist immerhin nicht völlig ausgeschlossen, daß diese Ansicht des Umlagesatzes Erfolg haben könnte. Nun gibt das Gesetz vom 23. Mai 1921 die Möglichkeit der Erhebung von Nachtragsumlagen für das Jahr 1920; die Beschlüsse hierüber müssen bis zum 1. August 1921 gefaßt sein; die Gesamtumlage für 1920 darf ohne weiteres bis auf 2 M gesteigert werden. Hiernach ergibt sich, daß in Mannheim für den Fall der Ungültigkeit der früheren Beschlüsse eine Nachtragsumlage in solcher Höhe erforderlich ist, daß der Umlagesatz von 1.62 M erreicht wird. Hinfel die Behauptung der Beschwerdeführer, daß nur 1.50 M zulässig gewesen wäre, den Beifall der Verwaltungsgerichte, so wäre hiernach eine Nachtragsumlage von 0.12 M zu erheben.

Stadterordnetenvorstand R. o. l. l. (Str.) empfiehlt auch die Annahme des Nachtrags. Stadtd. Dr. Roedel (Str.) fragt, ob die Rechtsgültigkeit dieses Nachtrags ebenfalls geprüft worden ist. Oberbürgermeister Dr. Ruher steht auf dem Standpunkt, daß die Rechtsgrundlage dieses Nachtrags gesichert sei, da das Reich die Gemeinden ermächtigt habe, für das Jahr 1920 Nachtragsumlagen zu erheben. Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Erwerbung von Grundstücken.

Zur Erweiterung des städtischen Grundbesitzes und zur Beschaffung geeigneten Bau- und Lausgeländes hat die Stadtgemeinde das ihr vom Staat an vier Grundstücken im Sperrgefahrverfahren übertragene Vorkaufsrecht ausgeübt. Der Preis für den Quadratmeter bewegt sich zwischen 3.18 und 6.06 M. Die Grundstücke liegen beim Hafengebiet Rheinau, in der Nähe der Fr. Lang und in fünfigen Industriegebieten. Der Bürgerausschuß hat 27 800 M aus Grundstockmitteln zu bewilligen.

Wird nach kurzer Begründung durch St. B. Seizinger (USP.) einstimmig angenommen.

Tauschvertrag mit der Reichseisenbahnverwaltung.

Stadtratsbeschlüsse: 1. Die Stadt überläßt der Eisenbahnverwaltung: a) für die Erweiterung der Weisenanlage im Sammelbahnhof bei Waldhof von Egb. Nr. 1084 b, 1822, 1824 a, 1825, 1833/36, 1837 a—b, 1838/39, 1924 in der 11., 12., 14. und 77. Sandwegmann Leisfläche mit zusammen 11 617 Qm. zum Preise von 5 M für den Qm.; b) zum nämlichen Zweck vom Feldweg Egb. Nr. 1839 a eine Fläche von 1215 Qm. gegen einen der Eisenbahnverwaltung im Tauschweg herzustellenden Erziehung im Maße von 1190 Qm.; c) für die Herstellung eines Abstellplatzes an der Linie Hauptbahnhof-Rheinbrücke ein Abstellplatzes mit 1000 Qm. Ueberflußüberführung, Egb. Nr. 2046 b mit 166 Qm. zum Preise von 10 M für den Qm. 2. Die Stadt erwirbt von der Eisenbahnverwaltung eine Fläche von 20 Qm. aus Egb. Nr. 16618 c für die Schulstraße zum Preise von 4 M für den Qm.

Wird einstimmig angenommen.

Rückverwertung des Grundstücks Egb. Nr. 614 e an der Hochuferstraße.

Stadtratsbeschuß: Vom Reich wird das Grundstück Egb. Nr. 614 e mit 13 130 Qm. zwischen Hochuferstraße und altem Gergierplatz zu 11 M für den Qm. zurückverworfen. Für die Zahlung des Kaufgeldes und der Kaufkosten werden Antichensmittel bis zur Höhe von 155 000 M mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren zur Verfügung gestellt.

Wird einstimmig angenommen.

Errichtung weiterer planmäßiger Lehrstellen.

Stadtratsbeschlüsse: Der Errichtung der nachgenannten weiteren planmäßigen Lehrstellen durch Umwandlung von nichtplanmäßigen Stellen wird zugestimmt: Realschulhaus: 1 Professorenstelle, Oberrealschule: 4 Professorenstellen, Altsprachschule: 1 Professorenstelle, 3 Stellen für Elementarbuchführerinnen und 1 Stelle für eine Handarbeitslehrerin, Altsprachschule: 2 Professorenstellen, Gewerbeschule: 4 Gewerbeschulstellen. Die für die Stellen erforderlichen Wirtschaftsmittel werden zur Verfügung gestellt.

St. B. R. o. l. l. (Str.) empfiehlt die Annahme der Vorlage. Oberbürgermeister Dr. Ruher gibt Kenntnis von Resolutionen der deutschdemokratischen und der sozialdemokratischen Fraktion. Er bemerkt dazu, daß die Resolutionen erst kurz vor der Sitzung eingelaufen sind und daß der Stadtrat hierzu keine Stellung nehmen kann. Trotzdem aber wolle er eine kurze Diskussion über die Resolutionen zulassen. St. B. Robert Haas (Dem.) begründet die von seiner Fraktion eingereichte Resolution, die das Verhältnis der etatmäßigen zu den nichtetatmäßigen Lehrern regelt. St. B. Haug (Dem.) wünscht, daß auf die praktische Ausbildung der Lehrlinge mehr Gewicht gelegt wird. St. B. Herkel (Soz.) begrüßt die Vorlage vom Standpunkt des Schulmannes aus. Er betont, daß seine Fraktion dem demokratischen Antrage nicht nur zustimme, sondern denselben durch ihre Resolution noch erweitern und auch auf die Fachlehrer ausdehnen will. St. B. Marie Riegel (Str.) erklärt ihr Einverständnis sowohl mit der Vorlage wie mit den Ausführungen des St. B. Haas. Was die Gewerbeschule anbelangt, so ist Rednerin sehr erfreut darüber, daß sich der Stadtrat zu einer Erweiterung dieser Schule entschloß. Doch sollte die Schule auch nach der Seite der Frauenberufsbildung hin mehr ausgebaut werden. In der hierauf vorgenommenen Abstimmung wird der stadträtliche Antrag und die beiden Resolutionen einstimmig angenommen.

Wahl des Obmannes des Stadterordnetenvorstandes.

St. B. Thrig (Dem.) macht die Mitteilung, daß der Stadterordnetenvorstand den St. B. Heinrich Fuhs einstimmig zu seinem Vorsitzenden gewählt hat. Er begrüßt den neuen Obmann und gibt dem Wunsch Ausdruck, daß die Wirkamkeit des neuen Obmanns für Mannheim zum Segen gereiche. Oberbürgermeister Dr. Ruher begrüßt den neuen Obmann namens des Stadtrats und dankt dem St. B. Thrig, der bisher die Geschäfte des Obmanns vertrat, für seine während dieser Zeit geleistete ersprießliche Tätigkeit.

Zuschußleistung an den Mannheimer Kunstverein.

Stadtratsbeschuß: Der Betrag an den Mannheimer Kunstverein G. A. wird für das Jahr 1921 von 3000 M auf 15 000 M erhöht. St. B. Thrig weist darauf hin, daß sich der Vorstand über eine Annahme oder Ablehnung der Vorlage nicht einigen konnte und deshalb keinen Antrag stelle. St. Dr. Roedel (Str.) glaubt der Vorlage aus Konsequenz nicht zustimmen zu können. St. Dr. Wolfhard bittet dagegen dringend um Annahme. St. B. Bininger (Unabh.) tritt für eine Ablehnung des Zuschusses ein. Der Verein solle sich selbst anstrengen, um die nötigen Gelder aufzubringen. Stadtrat Reol bittet, dem Beschuß des Stadtrats zustimmen, da die Veranstaltungen des Kunstvereins keinem Erwerb dienen, sondern dem Kunstbedürfnis weitest Kreise Rechnung tragen. St. Dr. Nerlinger (DR.) weist darauf hin, daß der Kunstverein vor Eröffnung der Kunstschule allein die künstlerischen Bedürfnisse der Mannheimer Bevölkerung befriedigt habe, und daß er noch heute Großes auf dem Gebiete der Förderung junger Künstler leiste. St. Dr. Hirschler (Soz.) gibt der Vorlage seine Zustimmung, bemängelt aber, daß der Kunstverein die Beiträge nicht entsprechend erhöht habe. St. Dr. Roedel (Str.) findet jedoch diese Bewilligungspolitik für verhängnisvoll.

St. B. Schwarz (USP.) lehnt die Vorlage ab, weil die Unterstützung, die vom Kunstverein den jungen Künstlern gewährt werde, doch nur ein Pappentheil sei. St. B. Crem (Str.) verlangt, daß auch bei den kleinen Beträgen gespart wird. St. B. Riegel (Soz.) bemerkt, daß es um die Kunst und die Künstler in Mannheim schlecht bestellt sei, wenn lauter Leute wie Dr. Roedel in der Kommission säßen. St. B. Horst (Komm.) lehnt namens der kommunistischen Fraktion die Vorlage ab. St. Dr. Roedel (Str.) nimmt zum dritten Male mit Zustimmung des Bürgerausschusses zu einer persönlichen Bemerkung das Wort und stellt fest, daß er nicht wegen der Kunstförderung des Kunstvereins gegen die Vorlage stimme. Hierauf wird die Debatte über diesen Punkt, die sich immer mehr in die Länge zu ziehen droht, geschlossen und die Vorlage mit 42 gegen 35 Stimmen angenommen.

Uebnahme der dem Verein öffentliche Bibliothek in Mannheim gehörigen Bücher Sammlung durch die Stadt.

Stadtratsbeschuß: Die dem Verein öffentliche Bibliothek gehörige Bücher Sammlung wird in städtische Verwaltung übernommen. Die für 1921 erforderlichen Mittel sind aus dem Titel (XXXIII) „Unvorhergesehenes“ zu entnehmen. St. B. Thrig (Dem.) empfiehlt die Vorlage zur Annahme, dabei in anerkennenden Worten der Tätigkeit des Bibliothekars und

Statt jeder anderen Anzeige.

Nach langem, qualvollen, aber heldenhaft ertragenen Leiden wurde mein lieber Mann, unser lieber Vater

Herrmann Clemm

heute morgen 1/9 Uhr durch den Tod, erlöst.

GERNSBACH, den 19. Juli 1921.

Nenny Clemm geb. Bassermann
Carl Clemm
Fritz Clemm
Hilde Clemm.

Die Einsegnung findet Mittwoch nachmittag um 3 Uhr im Trauerhause in Gernsbach u. die Einsäckerung am Donnerstag vormittag 1/11 Uhr im Krematorium in Baden-Baden statt.

Heute früh verschied nach schwerer Krankheit

8664

Herr Hermann Clemm

Direktor der Badischen Holzstoff- und Pappfabrik Obertsrot in Obertsrot.

Der Entschlafene gehörte seit 1917 dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft an.

Wir verlieren in dem Dahingeshiedenen einen lieben Kollegen und bewährten Berater, der sich der Förderung unseres Unternehmens stets mit regem Eifer erfolgreich annahm.

Wir werden ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Mannheim-Waldhof, den 19. Juli 1921.

Aufsichtsrat und Direktion der Zellstofffabrik Waldhof.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann

Jakob Beedgen

am 19. Juli, um 12 Uhr, im 73. Lebensjahr sanft entschlafen ist.

Mannheim (P 5, 19).

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Christina Beedgen, geb. Wickert.

Die Feuerbestattung findet Donnerstag, den 21. Juli, vormittags 11 Uhr statt.

Von der Reise zurück!

Dr. Seubert

A 2, 5 Facharzt für Chirurgie A 2, 5

Schneiderei „Rapid“

Inhaber: H. H. Haunbiller D 2, 11 Tel. 5082 D 2, 11

Spezialität: 54 Aufbügeln, Reparieren, Aendern u. Wenden von Anzügen, Paletots usw. Kunststopferei

Nachruf.

Am Dienstag, den 19. Juli entschlief nach langem schweren Leiden im Alter von nahezu 54 Jahren unser I. Vorstand

Herr

Herrmann Clemm.

Er hat 23 Jahre lang unsere Unternehmungen geleitet; ihm verdanken diese in erster Linie ihre Entwicklung, ihnen hat er seine ganze Lebensarbeit gewidmet.

Wir erleiden durch sein Hinscheiden einen unersetzlichen Verlust und werden ihm immer ein treues Gedenken bewahren.

OBERTSROT, den 19. Juli 1921.

Der Aufsichtsrat und Vorstand der Bad. Holzstoff- und Pappfabrik.

EVEREST-KORSETT Saison-Ausverkauf



Vorteilhafteste Gelegenheit zum Einkauf von Korsetten Eine große Anzahl Sorten, garantiert vorzüglich in Paßformen u. Ausführung, werden serienweise beispieislos billig verkauft

Einzelne Stücke und 50% Rabatt Modelle bis zu 50% Rabatt

Stein-Denninger

P 2, 1, Planken Planken, P 2, 1 Tel. 3943 - Ecke gegenüber der Hauptpost.

Nur einige Tage!

Total-Ausverkauf

zwecks Räumung meines Ladens.

Großes, gut sortiertes Lager in Zigarren.

10% unter Kleinverkaufspreis Für Händler und Wirte günstige Gelegenheit!

ca. 15 000 Kunstkarten diese am liebsten en bloc, weit unter Einkaufspreis!

Frau Jacob Reilinger Wwe.

Bogen 61. im Kaufhaus Bogen 61.

Saison-Räumungs-Verkauf

Nur noch 3 Tage



Außergewöhnlich billiges Angebot!

Stelle einen grossen Posten

Korsetts

weit unter Preis zum Verkauf

Serie I. Serie II. Serie III. Serie IV. jetzt 25.- jetzt 35.- jetzt 50.- jetzt 75.-

Alles moderne Formen, gute Stoffe und Zutaten.

Modelle aus dem Schaufenster u. einzelne Korsetts bis 50% ermässigt.

Strümpfe, Schlüpfhosen, Hemdhosen, Wäsche, Untertailen und Büstenhalter in Preise ganz bedeutend herabgesetzt.

Korsetts Betty Vogel, P 5, 15-16

Telephon 7566

Benützen Sie die Weiße Woche im Schuhhaus Arthur Meier

bis 25. Juli.

Weiße Deseusstiefel Gr. 27/33 von Mk. 38.- an Schw. R'Chevreaux-Deseusstiefel Gr. 27/35 Paar Mk. 49.- Weiße Damen-Schulr-, Spangens- u. Knopfschuhe von Mk. 35.- Schw. R'Chevreaux-Damen-Stiefel mit niederm Absatz, bequeme Paßon Paar Mk. 125.-

Sämtliche Saison-Artikel zu bedeutend ermässigten Preisen.

Auto-Benzin

Alter Mt. 6.- B271

ab Lager, in plombierten Kanen.

Wolf & Diefenbach

Mannheim - Fernruf 7433.

Grüdelhofstraße 31.

Ungezieter all. Art beseitigt

R.Kroschel

Kammerjäger

Mannheim T. 5. 10. Telephon 3492

Spezialist

radikaler Wanzen-Aussottung

Kontrahent 595

Stagl. und Städt. Behörden

Arbeitsvereinfachung

durch zeitgemäße Büro-Einrichtungen

Vertikal-Registaturen

liefert auf Grund langjähriger Erfahrungen



Otto Zinfendracht Mannheim O 2, 5

Formel Nr. 10

560